

1.8. Abzug, um zu bleiben:

Nachdenken in den USA über den strategischen Sieg

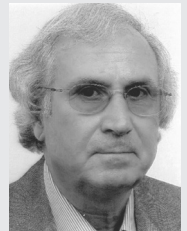
Arne C. Seifert

Die NATO und mit ihr die Bundesregierung trachten danach, die kritische Öffentlichkeit in Sachen ihres Afghanistan-Kriegs zu beschwichtigen. Der Rückzug der deutschen Truppen sei beschlossen. Er beginne bereits in diesem Jahr – wenn die Umstände es erlauben. Es sind jene „Wenn“ und „Umstände“, die misstrauisch machen und beunruhigen müssen. Denn zu den „Umständen“ sind nicht nur die inneren afghanischen zu rechnen, sondern auch die äußeren. Letztere liegen weitgehend in den Händen desjenigen, der noch *nicht* abgezogen ist und dessen Truppen in Afghanistan stehen.

Bislang erhalten die NATO und die Bundesregierung essenzielle äußere Grundlagen ihres Kriegeinsatzes in Afghanistan aufrecht. Weder ist der Beistandsfall nach Art. 5 des NATO-Vertrags ausgesetzt, der die NATO nach Afghanistan führte, noch hat die sie beim VN-Sicherheitsrat die Einstellung der Maßnahmen des Beistandsfalls beantragt, wie es Absatz 2 des Art.5 vorsieht: „Die Maßnahmen sind einzustellen, sobald der Sicherheitsrat diejenigen Schritte unternommen hat, die notwendig sind, um den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit wiederherzustellen und zu erhalten.“¹ „Wenn“ es die Bundesregierung mit ihren Versprechungen ernst meinen würde, warum initiiert sie dann nicht Schritte nach Art.5/Abs.2 NATO-Vertrag? Sie sitzt doch als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat. Vielleicht weil sie einschätzt, dass eine solche Initiative auf den Verlust des NATO/ISAF-Mandats hinausläufe und die NATO nach dem von ihr angerichteten militärischen, politischen und humanitären Desaster sich kein weiteres zu organisieren vermag, wie 2001? Wozu am alten Mandat festhalten, wenn man abzuziehen beabsichtigt? Oder will man dem Ruf des Verbündeten USA folgen, in Afghanistan zu bleiben? Im Rahmen einer andersartig formulierten Interventionsversion?

Plan B für Afghanistan

In dieser Richtung liegen aus Washington Signale vor, die ernst genommen werden sollten. Unter US-Sicherheitsexperten läuft zurzeit eine intensive Diskussion darüber, wie ein Verbleiben der USA und ihrer Verbündeten in Afghanistan *nach* 2014 sichergestellt werden kann. Offensichtlich laufen diese Erörterungen auf einen Wechsel vom primär militärischen Afghanistan-Szenario zu einem gemischt politisch-militärischen hinaus.



Arne C. Seifert, geb. 1937,
Botschafter a. D., Verband
für Internationale Politik
und Völkerrecht.
A.u.P.Seifert@t-online.de

1 Nordatlantikvertrag vom 4.4.1949, Art.5. Völkerrechtliche Verträge. 8.Auflage. Beck-Texte, 1999, S. 43.

Das strategische Ziel besteht darin, den USA eine langfristige Präsenz und Hegemonieprojektion in Afghanistan und von dort aus in die angrenzenden Regionen zu ermöglichen. Anders gesagt, was die USA auf militärischem Wege bisher nicht erreichen können, beabsichtigen sie, nunmehr „andersherum“ zu erreichen: Nämlich mit einem Wandel ihrer Taktik in Richtung *State Building*, „ziviler Aufbau“, ja sogar einer Teilung Afghanistans entlang seiner ethnischen Bruchlinien in einen paschtunischen Osten und Süden, sowie einen tadschikischen, usbekischen, hazarischen Norden und Westen sowie eine Kernregion um Kabul.

Die Stichworte jener Diskussion lauten „*Plan B*“ für *Afghanistan*, „*Wie der Krieg doch noch gewonnen werden kann*“, „*Finish the Job*“ und „*Withdraw in order to stay*“. In dieser Diskussion führen prominente US-Politiker und Diplomaten das Wort, darunter Robert D. Blackwill vom Council of Foreign Relations und früherer Botschafter in Indien, Paul D. Miller von der National Defense University und früherer Direktor für Afghanistan im US-National Security Council unter George W. Bush und Barack Obama von September 2007 bis November 2009. Folgendes Szenario wird gedacht, das mit Originalzitaten nachgezeichnet wird: „Ein Sieg ist doch noch möglich, wenn den Truppen und ihren zivilen Partnern ausreichend Zeit gegeben wird, um ihre Mission zu vollenden“; „Zeit ist die wichtigste Ressource, welche die USA (in Afghanistan, A.S.) brauchen, nicht mehr Truppen“; „Obama sollte ISAF die Zeit lassen“, welche sie benötigt, um die „Schwäche der afghanischen Regierung“ zu beheben, welche die „wichtigste strategische Bedrohung ist“; Letzteres erfordere, dass die „Obama-Regierung ein dramatisch anspruchsvolleres Capacity Building-Programm auflegt und dieses mit einer kraftvoll verstärkten zivilen Präsenz in der afghanischen Verwaltung und im Rechtssystem beginnt.“²

Langfristige Kampfmission

Weil also ein Sieg doch noch möglich sei, solle, so Blackwill, „die US-Regierung aufhören, über Exit-Strategien zu reden, sondern die USA auf die Übernahme einer langfristigen Kampfmission von 35.000 bis 40.000 Mann orientieren“; Da „Washington sich damit zu arrangieren hat, dass die Taliban den größten Teil des paschtunischen Ostens und Südens unvermeidbar kontrollieren werden“, wird in der Diskussion auf eine Doppelstrategie orientiert, der zufolge die „USA und ihre afghanischen sowie ausländischen Partner eine umfassende Antiterrorismus-Strategie in Paschtu-Afghanistan und eine Nation-Building-Strategie im Rest des Landes starten, der sie sich mindestens für die nächsten sieben bis zehn Jahre verpflichten“; „Eine de-facto-Teilung (Afghanistans, A.S.) bietet der Obama-Administration die beste Alternative zu einer strategischen Niederlage.“³

2 Miller, Paul D.: How the War in Afghanistan Can Be Won. In: *Foreign Affairs*, January / February 2011, S. 52, 61, 65.

3 Blackwill, Robert D.: Plan B in Afghanistan. In: *Foreign Affairs*, January / February 2011, S. 44.

Der Präsident Obama empfohlene „Plan B“ sieht vor: „Die USA und ihre Verbündeten ziehen ihre Bodenkampftruppen über mehrere Monate hinweg vom größten Teil Paschtu-Afghanistans ab, einschließlich Kandahar. ISAF beendet die Kampfhandlungen in den Bergen, Schluchten und städtischen Gebieten Süd- und Ost-Afghanistans [...] Gleichzeitig konzentriert Washington seine Kräfte auf die Verteidigung der von Paschtunen nicht dominierten Bereiche im Norden und Westen Afghanistans, einschließlich Kabul. Den afghanischen Taliban wird ein Modus Vivendi angeboten, in dem beide Seiten übereinkommen, das von ihnen jeweils kontrollierte Gebiet nicht zu erweitern [...] Washington bezieht in dieses Unternehmen Tadschiken, Usbeken, Hazaras und unterstützungsbereite Paschtunen ein, Afghanistans Nachbarn und den VN-Sicherheitsrat (!).“⁴

Geostrategie der USA

In dieser Diskussion wird unmissverständlich auch artikuliert, warum es den USA gehen sollte: „Eine solcher Strategiewechsel würde für alle wahrnehmbar klar machen: Mit ihrer anhaltenden militärischen Präsenz in Afghanistan beabsichtigen die USA, eine einflussreiche Macht in Süd- und Zentralasien für viele Jahre zu bleiben.“⁵ Letzteres verdeutlicht den geostrategischen Kern hinter den Überlegungen zu „Plan B“ sowie von „withdraw in order to stay“: Die USA wollen sich, und das dürfte die *hidden agenda* von vornherein gewesen sein, in Afghanistan ein stabiles geopolitisches „Standbein“ in der gesamten Region schaffen, das sich in unmittelbarer Nachbarschaft zu Zentralasien, China, Pakistan, Iran, dem Arabischen Meer und dem Persischen Golf befindet. Bereits 2005 stellte eine Studie für die US-Luftstreitkräfte fest, dass „das US-Militär sich nicht einfach aus der Region verabschieden kann, wenn die ‚Operation Enduring Freedom‘ beendet oder verringert wird.“⁶ Vielmehr müssten die USA für eine ganze Reihe von Szenarien vorbereitet sein: „Intervention in einen indisch-pakistanischen Krieg, Unterstützungsmissionen von Ländern, die von Anti-Terror- oder Anti-Aufstandsoperationen betroffen sind; Erdöl- und Erdgasleitungssicherheit“; „Kein anderer Platz würde die USA dichter an die pakistanisch-indische Grenze führen, weder Oman oder Thailand, noch Diego Garcia.“⁷ Obgleich sich gegenwärtig schwer voraussagen lässt, ob und welche dieser „Plan B“ – Varianten sich durchsetzen und wozu die NATO- und EU-Führungen sich schließlich entscheiden, muss jedoch davon ausgegangen werden, dass diese Überlegungen eine Rolle spielen, weil sie

4 Blackwill, Robert D.: Plan B in Afghanistan, a.a.O., S. 45.

5 Blackwill, Robert D.: Plan B in Afghanistan, a.a.O., S. 46.

6 RAND Project Airforce / Olikier, Olga / Shlapak, David A.: US Interests in Central Asia. Policy, Priorities and Military Roles. Prepared for the United States Airforce. Rand Corporation, Santa Monica 2005, S. 44.

7 RAND Project Airforce / Olikier, Olga / Shlapak, David A.: US Interests in Central Asia, a.a.O., S. 46, S. 42.

den weltpolitischen Interessen der USA entsprechen und ihre Reflexion finden in der *Out-of-Area*-Orientierung der NATO bis zum „Kaukasus, Nah- und Mittelost, Mittelmeerraum, Afrika südlich der Sahara“.⁸

Interventionistische Orientierung

Diese Verquickung erlaubt zu vermuten, dass hinter den Tönen, man dürfe einen „Abzug nicht überstürzen“ und die „Afghanen nicht allein oder den Taliban überlassen“ auch hierzulande Überlegungen zu einem „Plan B“ bestehen. Noch wird das alles leise vorgetragen. Aber wer genau hin hörte, dem entging nicht, dass auf der Münchner Sicherheitskonferenz die EU-Außenbeauftragte Ashton davon sprach, die EU werde noch lange in Afghanistan bleiben.

Bei den Entscheidungen über die weitere Afghanistan-Politik der westlichen Allianz und damit auch der Bundesregierung steht also Grundsätzliches auf dem Spiel. Es geht nicht allein um Truppenabzug und Krieg oder Frieden in Afghanistan, so wichtig beides ist. Übergeordnet ist die Frage nach der strategischen Grundorientierung der NATO und der Bundesregierung: wird die auf weltweite militärische Intervention gerichtete beibehalten oder überwunden? Bei einem sich verändernden internationalen Kräfteverhältnis, in dem aufsteigende kraftvolle neue Staaten der Transatlantischen Allianz ihr Machtmonopol streitig machen und in dem mehrere große Mächte mit ihren Bewegungen und Gegenbewegungen unvermeidlich miteinander kollidieren werden, läuft die von der westlichen Allianz freigegebene Rückkehr zum Krieg als Mittel in der internationalen Politik unvermeidlich auf die Gefahr einer Internationalisierung des Krieges selbst hinaus. So ein neuralgischer Punkt ist und bleibt Afghanistan mit seiner west-, süd- und zentralasiatischen Nachbarschaft. Wer aus der Transatlantischen Allianz dorthin geht, um zu bleiben, um Macht und Überlegenheit zu „projizieren“, schaut einigen jener neuen Mächte – China, Indien, Russland, aber auch Iran – direkt in die Augen.

Warum also drückt sich die Bundesregierung vor eine Initiative, den NATO-Beistandsfall zu beenden und ihren Platz im Sicherheitsrat zu nutzen, um diesem zu erklären „die Maßnahmen sind einzustellen“? Hatte auch sie mit Afghanistan ihre *hidden agenda* im Hinterkopf? Wir erinnern uns: Am 12. September 1990 verpflichtete sich die BRD im Vertrag „Über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ dazu, „dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird“ (Zwei plus Vier Vertrag, Artikel 2).⁹ Elf Jahre später, 11. September 2001: Bush und seine außen- und sicherheitspolitischen Berater¹⁰ erklären dem

8 General Harald Kujat, Vorsitzender des Militärausschusses der NATO, Montagsgespräch der Rheinmetall DeTec AG, 7.5.2005, <http://www.rheinmetall-detec.de/index.php?lang=2&sfid=2987>.

9 Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Vertragsarchiv.

10 Es sei daran erinnert: Paul D. Miller war im Council für Afghanistan zuständig.

„Terror“ den Krieg; NATO-Beistandsbeschluss; 20. Dezember ISAF-Mandat. Diese mit dem *war on terror* und dem Krieg in Afghanistan verquickte Kette erweist sich rückblickend als ein gigantisches politisches Manöver, mit dem die 180-Grad-Wende des außen- und sicherheitspolitischen sowie militärischen Charakters der Bündnissysteme NATO und EU, aber auch der deutschen Außenpolitik im Sinne eines international wirksamen Interventionspotenzials vollzogen wurde. Der deutschen politischen Klasse und Militärindustrie öffnete sie endlich doch noch den Weg zur militär-politischen „Rückkehr Deutschlands“ in die Weltpolitik.

Deutschlands Rolle

Doch welchen Charakters ist diese Rückkehr? Grundsätzlich brauchen weder die Deutschen, die Europäer, noch die Welt im Ganzen eine militärische „Rückkehr Deutschlands in die Weltpolitik.“ Sie erwarten von ihm, in der Weltpolitik als friedenspolitische Macht in Erscheinung zu treten, aber nicht militärisch-interventionistisch wie in Afghanistan. Der Charakter, den jene Rückkehr in ihrem ersten großen „Probelauf“ in Afghanistan bloß legte, unterscheidet sich von dem der USA im Irak lediglich durch seine völkerrechtliche Veredelung vermittelt eines VN-Mandats.

Die neuesten Meldungen signalisieren Zeitdruck: Das afghanische Präsidentenamt teilte anlässlich eines Besuches von US-Verteidigungsminister Gates am 6. März mit, dass zwischen beiden Seiten Verhandlungen über ein „Abkommen zur dauerhaften Stationierung amerikanischer Truppen und zu einer Sicherheitspartnerschaft“ aufgenommen wurden. „Washington wünsche die Verhandlungen schnellstmöglich zum Abschluss zu bringen. Ein ähnliches Abkommen hat Amerika mit dem Irak geschlossen.“¹¹ Bundesaußenminister Westerwelle erklärte auf der Münchner Sicherheitskonferenz, die von der NATO geführte Schutztruppe (Isaf) sei gemeinsam nach Afghanistan gegangen und werde auch gemeinsam herausgehen.

Wird sie? Auch wenn die USA dauerhaft in Afghanistan bleiben? Soll dort auf den Trümmern des Krieges ein gemeinsames „international wirksames Interventionspotential“ errichtet werden? Rührt die Bundesregierung deshalb nicht am jetzigen NATO-VN-Mandat?

Die Entscheidung über ein weiteres deutsches Verbleiben in Afghanistan und seinen Charakter bietet vielleicht eine letzte Chance für eine Neubesinnung über den Charakter deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. An der Seite der USA in Afghanistan wird das nicht gelingen. Wandel der Taktik ändert nicht den Charakter von Zielen. Sie finden sich wieder im Charakter des Verbleibens. 🌐

11 Frankfurter Allgemeine Zeitung, Online-Ausgabe, 8.3.2011, S. 1.